

Das Internet ist keine politische Spielwiese mehr

Abschied von übertriebenen Erwartungen in die digitale Revolution

Von Claus Leggewie*

Zwei Faustregeln gelten bei der Einführung und der Durchsetzung neuer Medien: Meist werden sie für andere Zwecke eingesetzt als die ursprünglich vorgesehenen, und in der Regel haben sie ihre Vorläufer nicht verdrängt, sondern ergänzt und durchdrungen. Dies gilt auch für das Internet, das anfangs als akademisch-militärische Erfindung unter einem anderen Stern als heute stand. Das Internet kann sich in Richtungen entwickeln, die gängige Prognosen Lügen strafen. Abstand ist von übertriebenen Hoffnungen oder Ängsten zu nehmen, was den Einfluss des Internets auf die Politik betrifft.

Was die politische Kommunikation via neue Medien (WWW, Newsgroups usw.) anbetrifft, darf man bereits von übertriebenen Hoffnungen Abstand nehmen. Zugleich muss man aber auch vor überzogenen Ängsten warnen. Der von Al Gore in die Welt gesetzte Traum, Computernetzwerke würden die athenische Demokratie erneuern, hat sich nicht erfüllt. Gleichwohl sind sämtliche Etappen des politischen Prozesses auch in Europa vom Einsatz computergestützter Kommunikation berührt – von der Formulierung der Tagesordnung politischen Handelns über die Entscheidung, die Implementation und die Evaluation von Politik bis zu ihrer Novellierung. Politische Projekte im Internet haben die Grundlagen politischer Kommunikation nicht gerade auf den Kopf gestellt, aber die technische Innovation ist auch nicht spurlos am demokratischen Prozess vorbeigegangen.

Digitale Aufrüstung bei Privaten . . .

Um aus einer Fülle von Initiativen und Experimenten einige wenige zu benennen: Täglich vergrössert sich die Zahl von Online-Zeitungen, Datenbanken und Content-Providern, welche die Meinungs- und Willensbildung der Bürger

unterstützen; gelegentlich werden dabei auch die interaktiven Möglichkeiten der Neuen Medien genutzt, die diese in Gestalt von Chats, Diskussionsforen und internetgestützten Diskursen bieten. Auf diese Weise kommt es zum direkteren Kontakt zwischen dem Souverän und den Volksvertretern, was den weiter reichenden Ambitionen einer «kritischen Bürgerschaft» (Pippa Norris) in der Proporz- und Konkordanzdemokratie entgegenkommt.

Aber auch das Establishment hat aufgerüstet: Es sind virtuelle Ortsvereine gegründet und Online-Parteitage abgehalten worden; die Parteien haben Kampagnen organisiert und das Internet vorrangig als Intranet, also für die Binnenkommunikation zwischen Mitgliedern und Führung, genutzt, wodurch sie Mitglieder- und Einnahmeverluste zu kompensieren hoffen und auf ein generell verändertes Organisationsverhalten und den Wertewandel der Bevölkerung reagieren. Dasselbe gilt für Interessenverbände, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Auch der Ad-hoc-Protest kann mit Computerhilfe räumliche Distanzen überwinden, den Mangel an Ressourcen wettmachen und wenig berücksichtigte Anliegen thematisieren. Ebenso ist von raffinierten

Anwendungen wie Stimmenauktionen («voteswap»), «E-Petitionen», Fundraising und sogar Online- Demonstrationen zu berichten.

... und beim Staat

Daneben streben zunehmend Verwaltungen auf zentraler, regionaler und kommunaler Ebene mittels digitaler Technologie den «modernen Staat» an. Zu mehr Transparenz und Bürgernähe gehört hier auch die Umgestaltung hoheitlicher Aufgaben in «Dienstleistungen». Partnerschaften von öffentlichem und privatem (oder «drittem») Sektor liegen ebenso im Trend wie der Übergang von vertikaler Steuerung auf horizontale Verhandlungsnetzwerke und ein «persuasives» Politikmanagement, bei dem sich der Staat eher auf eine Rolle der Supervision beschränkt. Schliesslich haben auf den verschiedensten Ebenen elektronische Wahlen stattgefunden, so dass Computernetzwerke in den Kernbereich politischer Entscheidungskommunikation vorgedrungen sind.

Man sieht: Das Internet ist keine Spielwiese mehr. Es hat den politischen Kommunikationsraum ergänzt und um partizipatorische Impulse bereichert. Die Auflistung zeigt allerdings, dass sich überwiegend altbekannte Akteure und Profis aus Politik und Verwaltung der neuen Medien bedienen; sie kassieren damit einen Modernitätsbonus und behalten im Übrigen den Fuss in der Tür für eine Entwicklung, die derzeit nicht in all ihren Konsequenzen absehbar ist. Die Digitalisierung erlaubt zu geringen Kosten den direkteren Austausch zwischen Bürgerschaft und politisch-administrativem System sowie natürlich unter den Bürgern selbst.

Nutzen für die politische Peripherie

Und in der Tat haben sich Akteure «zu Wort gemeldet», die an der politischen Peripherie stehen oder als unterdrückte Opposition in herkömmlichen Kommunikationsformen kaum Chancen besessen hätten, sich zu artikulieren. Dazu zählen der sogenannte «Seattle-Protest», das

weltweite Aufbegehren gegen internationale Wirtschaftsgipfel und transnationale Handels- und Finanzorganisationen, Protestaktionen von Hochschülern, die bekannten «E-Mails aus Belgrad» oder aus Kosovo und auch die gut vernetzte Anti-Haider-Bewegung in Österreich. Schliesslich ist das Internet ein transnationales Medium par excellence, das den globalen Austausch von Informationen und Meinungen erlaubt und dank seiner Wechselseitigkeit, seiner relativen Unkompliziertheit und seiner Speicherfähigkeit den lokalen Austausch verdichtet und global erweitern kann. Mit dem Aufziehen von nationalen «Feuerwällen», also Zugangssperren im Internet, ist dieser Flächenbrand nicht wirksam aufzuhalten.

Deuten solche Vorzüge auf einen Politisierungssprung hin, so sind auch die Kehrseiten kaum zu übersehen: Es grassiert die Angst, von Informationen überflutet zu werden. Es hat sich eine Ernüchterung eingestellt über das oft beklagenswerte Niveau der Netz-Kommunikation, wozu Hasspropaganda, nationalsozialistisches Gedankengut und Pornographie zählen. Insgesamt haben sich die Chancen für einen «elektronischen Populismus» erhöht, während man auf dauerhafte Netzauftritte neuer Akteure, hier besonders der Nichtregierungsorganisationen, noch wartet. Auch Optimisten müssen einräumen, dass das Netz insgesamt noch keinen echten Mehrwert für Öffentlichkeit und Demokratie gebracht hat und der «Netizen», der gut informierte Netzbürger, der mehr sein will als ein passiver Konsument, weitgehend noch ein Wunschtraum ist.

Im Grossen und Ganzen dienen neue Medien vor allem solchen Akteuren als Ressource, die auf Grund ihrer Bildung und ihres professionellen und organisatorischen Hintergrunds ohnehin am aktivsten waren. Allerdings ist abzuwarten, womit Generationen aufwarten, die routiniert und selbstverständlicher mit computergestützten Medien umgehen und zugleich den herkömmlichen Sozialisationsagenturen – von den lokalen Zeitungen bis zu den grossen Mitgliederorganisationen – in wachsender Distanz und Kritik gegenüberstehen.

* Claus Leggewie ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Giessen und Mitbegründer des dortigen Zentrums für Medien und Interaktivität.

Primat der Demokratie

Das erste Fazit lautet: «Digitalien» ist auch und gerade in der sprunghaften Expansion des Internets eine Utopie geblieben: Demokratie fährt auf der «Datenautobahn» höchstens auf der Kriechspur mit. Aber nicht, dass man darüber traurig sein müsste. Eine nüchterne Bilanz entbindet Theorie und Praxis vielmehr von der normativen Überhöhung, welcher die Netz-Politik von Anfang an und sehr zu ihrem Schaden ausgesetzt war. Auf sie wurden Heilserwartungen projiziert, die mit der Wirklichkeit politischer Kommunikation in herkömmlichen Medien – Presse, Hörfunk, Fernsehen – nichts zu tun haben. Gegenteiligen Erfahrungen (etwa mit Kabelfernsehprojekten) zum Trotz herrschte ein Glauben an die Technik vor, als würde «Rückkanalfähigkeit» – also die Möglichkeit, dass jeder Informationsempfänger selber ein «Sender» wird – allein ausreichen, um aus behäbigen Zuschauerdemokraten begeisterte Aktivbürger zu machen.

Man legt den Schalter um – und hat eine florierende Bürgergesellschaft: Diese naive Hoffnung verkennt erstens den Primat der Demokratie vor der Technologie, und sie erspart zweitens jenen Politikern und Medien die Kritik, die schon lange vor dem jüngsten technologischen Wandel «Politikverdrossenheit» und politische Apathie herbeigeführt haben. Jede Bestandsaufnahme und Programmatik politischer Kommunikation in neuen Medien muss also durch eine Kritik der real existierenden Medienöffentlichkeit hindurch. Hier wird vor allem die entpolitisierende Wirkung des kommerziellen Rundfunks zu rügen sein.

An die neuen Medien wurde auch ein emphatischer Begriff von Öffentlichkeit herangetragen, der bereits im Bezug auf die alten Medien, vor allem das Fernsehen, illusionär war und unvermeidlich zu Enttäuschungen führte. Nie entsprach der vermeintliche Naturzustand kritisch rasonierender Bürger der Wirklichkeit der

öffentlichen Meinung, die von Beginn an jenes Merkmal auszeichnete, das heute als ihr Verfallskriterium gilt, nämlich Zerstreuung im doppelten Sinn: als Fragmentierung und Boulevardisierung. Man kann in (gemein)sinnloser Unterhaltung gewiss Erschwernisse vernünftiger Diskurse erblicken, sollte dies aber nicht «dem Internet» zuschieben wie einem Diabolus ex Machina. Zwei Entwicklungen in den alten wie den neuen Medien verhindern derzeit eine günstigere Entwicklung. Die erste betrifft eine wachsende Konzentration von Medieninhalten im Eigentum bzw. unter der Zugangskontrolle internationaler Medienkonzerne, die auch das Internet als klassisches Verteilmedium für weiter ausdifferenzierte Nachfragegruppen einrichten und damit seine wirklich innovativen Potenziale verkümmern lassen, die in der horizontalen Anordnung und der wechselseitigen Rezeption liegen. Man könnte sogar sagen, dass die Crux der derzeitigen sprunghaften Entwicklung im Versuch besteht, aus dem Internet ein konventionelles Massenmedium (in Konvergenz mit dem Fernsehen) zu machen, während seine Stärke doch in seiner flexiblen Nutzbarkeit als «individualisiertes Massenmedium» liegt. Die Forderung «Internet für alle» kann sich sogar als kontraproduktiv erweisen, wenn damit mehr gemeint und intendiert ist als die in der Tat dringend notwendige Offenhaltung eines kostengünstigen Zugangs für alle Nutzer, also informationelle Grundversorgung und Universaldienst.

Zugangskontrollen

Die andere Gefährdung besteht in der Proliferation von Filtersystemen, die unerwünschte Inhalte ausschalten sollen. Sosehr man die Beseitigung rassistischen oder pornographischen Materials wünschen mag, die dazu eingesetzten Filter können (sofern sie

funktionieren) auch jede andere, von autoritären Instanzen als unerwünscht angesehene Information wegblenden und die weltweite Kommunikationsfreiheit durch Feuerwälle beeinträchtigen. Ironischerweise trägt dazu weniger der Zensureingriff des Staates als die freiwillige Selbstkontrolle besorgter Informationskunden bei, die sich – wieder wie im wirklichen Leben – in «gated communities» zurückzuziehen trachten. Da auch «Big Brother» –

die klassische Variante im Sinne Orwells – privatisiert ist, ist informationelle Selbstbestimmung nicht mehr gewährleistet. Es wäre zu hoffen, dass die gegenwärtige Ernüchterung des elektronischen Handels zur Revision der übertriebenen Hoffnungen ebenso wie zum Abbau der überzogenen Ängste beiträgt. Dann erst wäre der «konstitutionelle Augenblick» für globale Informationsfreiheit gekommen.